

Empörung über panzerfeste Schandmauer

Westmächte: Betonbarrikaden machen Sowjetzone immer mehr zum Gefängnis

Berlin (Eigenbericht/dpa/ap/upl). Die neuen kommunistischen Befestigungen an der Sektorengrenze haben in ganz Deutschland und im westlichen Ausland Empörung und Proteste ausgelöst. Alliierte Sprecher erklärten, die neuen Betonbarrikaden seien genauso illegal wie die Sperrmauern vom 13. August. Die Sowjetzone werde immer mehr zu einem Gefängnis.

Einen handfesten Anschauungsunterricht erhielt eine Gruppe von NATO-Parlamentariern, die gestern die Mauer am Brandenburger Tor besichtigte. Als die Gruppe auftauchte, warfen die Vopos mit faustgroßen Steinen. Ein Stein schallte an der Mauer ab und traf den französischen Senatspräsidenten Dr. Portmann an der Nase.

„Das ist der Lemmer“

Bundesminister Lemmer und Bürgermeister Amrehn überzeugten sich persönlich von der Lage an der Sektorengrenze. Als Lemmer am Brandenburger Tor erschien, brachte der nur knapp einen Meter entfernt stehende Volksarmist sein Gewehr in Hüftanschlag. Einige der mit dem Hindernisbau beschäftigten Arbeiter riefen sich zu: „Das ist der Lemmer, der mit dem schwarzen Hut!“ Am Potsdamer Platz erklärte der Bundesminister, die neuen kommunistischen Maßnahmen seien noch sinnloser als alle anderen. Sie verrieten das schlechte Gewissen der SED und seien ein Ausdruck der Angst.

Mit Brechstange gegen Mauer

In Reinickendorf veranlaßte die Sperrmauer mehrere Westberliner zu einer Verzweiflungstat: Ungeachtet eines Tränengasbombardements durch die Vopo gingen sie mit Brechstangen gegen die Mauer vor. Drei große Steinplatten konnten sie herausbrechen, dann

wurden sie von Westberliner Polizisten zurückgedrängt, um ernste Zwischenfälle zu vermeiden.

Protestmarsch der Berliner Jugend

Im Fackelschein gegen „Stacheldraht und Schandmauer“

Einen machtvollen Protestmarsch „gegen Stacheldraht und Schandmauer“ veranstalteten die Berliner Jugendverbände am 100. Tage des Bestehens der Sperrmauer in Berlin. Über 20 000 Jugendliche zogen im Schein von 3000 Fackeln vom Wittenbergplatz an der Gedächtniskirche vorbei über den Ernst-Reuter-Platz zum Gefangenen-Mahnmal auf dem Reichskanzlerplatz.

Zahlreiche Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, darunter der Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen, Ernst Lemmer, nahmen ebenso wie viele Bürger an dem Schweigemarsch teil. Die Spitze des Zuges bildete ein großes Schild mit der Aufschrift „Freiheit“. Dahinter wurde auf Transparenten Freiheit für Ostberlin und die mitteldeutschen Provinzen gefordert.

Auf den etwa 50 im Zuge mitgeführten Transparenten waren Aufschriften wie „Weg mit der Mauer“, „Kein Zurück vor Ulbrichts Provokationen“ und „Weg mit dem Spitzbart“ zu lesen. Der Protestmarsch, die erste große Protestaktion der Berliner Jugend nach dem 13. August, ging auf eine Initiative der Studenten der Ingenieurschulen zurück.

Die Berliner Schulen und Hochschulen hatten zum Teil ihre Lehrveranstaltungen abgesagt, um die Teilnahme an dem Schweigemarsch zu ermöglichen.

An der Kreuzberger Sektorengrenze alarmierten die Vopos einen Wasserwerfer gegen Westberliner Demonstranten, die den Wagen mit Steinwürfen empfangen und auch die Volkspolizisten bewarfen. Ein Einsatzkommando der Westberliner Polizei verhinderte weitere Zwischenfälle.

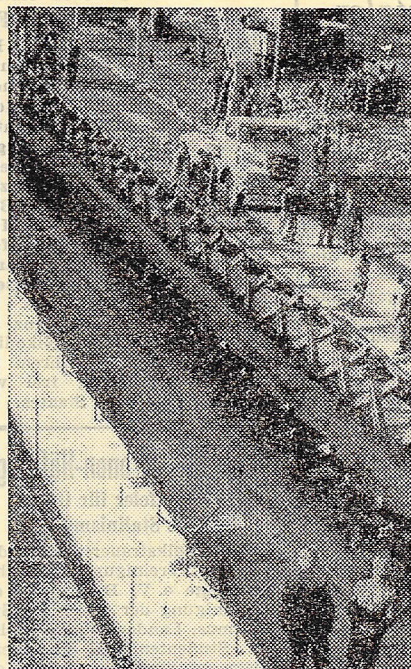
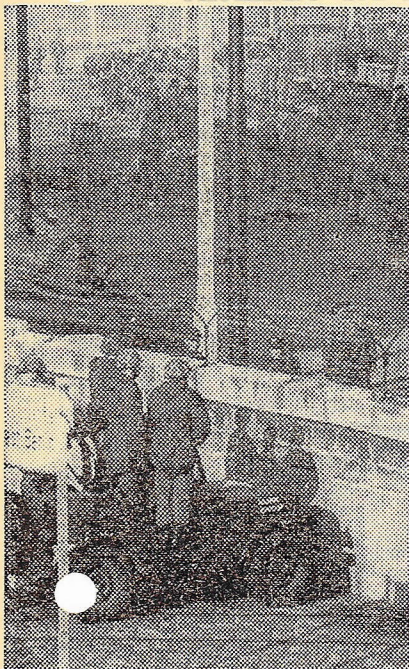
Am Zielpunkt des Protestmarsches auf dem Reichskanzlerplatz wurde ein Aufruf an die Jugend der Welt verlesen, in dem es heißt: „Wir alle rufen die Jugend Deutschlands und die Jugend der Welt auf, mitzuhelfen, daß auch den Deutschen in der Sowjetzone wieder Freiheit und Selbstbestimmung zuteil wird. Die Berliner Jugend fordere am 100. Tag der gewaltsamen und unrechtmäßigen Spaltung der deutschen Hauptstadt die Entfernung von „Stacheldraht und Schandmauer“ sowie das „natürliche Recht auf Freiheit und Selbstbestimmung für die 16 Millionen Deutschen im KZ Ulbrichts“. Die Berliner Jugend werde unablässig dafür eintreten, daß in ganz Deutschland wieder „Einigkeit und Recht und Freiheit“ einkehre. Zu der Kundgebung hatten sich mehr als 40 000 Menschen am Mahnmal auf dem Reichskanzlerplatz versammelt

Hinter Tarnnetzen: Panzersperren und Betonplatten

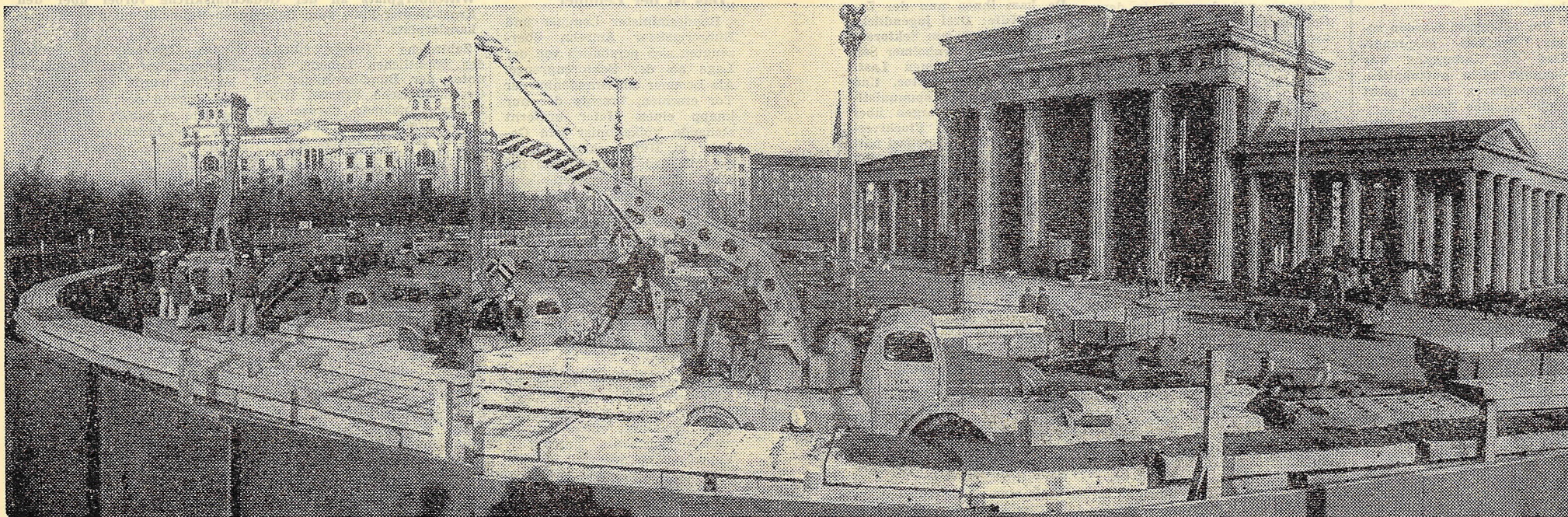
HEU
DAG

Ulbrichts Soldateska Tag und Nacht in Einsatz — Neue Mauern provozieren die Berliner

Am 21. November entlang der Sektorengrenze: Verstärkung der Sperren mit Eisen, Holz und Draht.



Die Mauer im Halbkreis rings um das Brandenburger Tor — Kann man sich ein lächerlicheres und zugleich schändlicheres Symbol der Willkürherrschaft Pankows vorstellen?



Noch brutaler

Die freie Welt bemüht sich darum, für Berlin einen „Modus vivendi“ oder den „Statos quo“ zu erhalten, wie es in der diplomatischen Sprache heißt. Die Berliner aus Ost und West wollen weder das eine noch das andere. Sie wollen Freiheit für ganz Berlin.

Das interessiert aber die Machthaber in Pankow nicht. Sie haben jetzt sogar Panzersperren gebaut, um einerseits die Flucht der Männer und Frauen aus der sogenannten „DDR“ zu verhindern, zum anderen aber — wie sie scheinheilig betonen — einen „Angriff aus Westberlin“ zu stoppen.

Was die zu verhindernde Flucht betrifft, so haben sie damit ihre Absicht erreicht. Was aber den „Angriff“ angeht, so ist das eine unsinnige Lüge, denn wir haben in Berlin schon einmal erlebt, daß man mit sogenannten „Panzersperren“ keinen „Angriff“ aufhalten kann.

Vor 16 Jahren wurden sogar Brücken gesprengt. Und der Untergang war dennoch nicht aufzuhalten. Panzersperren waren nicht mehr als eine Farce.

Die Machthaber drüben sind unverschämt, verlogen, aber nicht so dumm, daß sie solchen Maßnahmen ethischen praktischen Wert zusprechen.

Darauf kommt es ihnen aber auch nicht an. Sie wollen uns mit solchen Methoden einschüchtern. Sie wollen eine „Stärke“ demonstrieren, die nicht vorhanden ist. Sie wollen — und das ist die einfachste Formel — den Insassen ihres Konzentrationslagers die letzte Möglichkeit nehmen, den freien Westen zu erreichen.

Mit dieser Sperre hat dieser sogenannte Staat den letzten Beweis seiner eigenen Erbärmlichkeit gegeben.

Jockel Turm

Politik auf der Ökumene

Russisch-Orthodoxe im Fahrwasser Moskauer Propaganda

Neu Delhi (ap/upi/epd). Bereits am ersten Tag nach ihrer Aufnahme in den Weltkircherrat hat die russisch-orthodoxe Kirche auf dem Weltkirchentag in Neu Delhi politische Fragen angeschnitten. Der Vertreter der orthodoxen Kirche, Erzbischof Nikodim, verlas eine Botschaft des Patriarchen von Moskau, Alexius, in der die sofortige Aufnahme von Verhandlungen über eine angemessene Abrüstung gefordert wird.

In einer Pressekonferenz erklärte Erzbischof Nikodim, seine Kirche sei in ihrem inneren Leben völlig frei von Einmischungen des Staates.

Diese Äußerung des Erzbischofs steht in offenem Widerspruch zu Nachrichten über neue Kirchenverfolgungen in der Sowjetunion. Nach Berichten der KNA aus Rom hat sich die Kirchenverfolgung in Litauen in den letzten Wochen wieder verschärft. Von drei Priestern, die den Märtyrertod starben, sind die Namen bekannt. Sie wurden kurz vor Beginn des Parteitages der KPdSU ermordet. Es sind dies der 63-jährige Kaplan Alexandras Kinteris, der 70jährige Pfarrer Povilonis und der 72jährige Priester Paulus Lagys.

Freiheit für Zonen-Häftlinge Gedenkteil für Opfer des Stalinismus

Am Volkstrauertag fanden sich die Vereinigung politischer Häftlinge e. V. Berlin und die Vereinigung der Opfer des Stalinismus, Landesverband Berlin, im Studentenhaus am Steinplatz zusammen, um der Menschen zu gedenken, die in den Gefängnissen des SED-Regimes zugrunde gingen.

Oberregierungsrat Köhler, Bundesvorsitzender der VOS, wies darauf hin, daß sich in der Zone jetzt noch 12.000 Menschen in politischer Haft befinden sollen.

Als erster Redner betrat der ehemalige Nazi-Verfolgte und Widerstandskämpfer, der Journalist Weiland (VPH), die Tribüne. Er bezeichnete den Ulbricht-Staat als Nachfolger des „braunen Regimes“. Über 90.000 Menschen seien seit 1945 in Mitteleuropa Opfer des roten Terrors geworden. Allein 106 Teilnehmer des Aufstandes am 17. Juni befänden sich jetzt noch in den Zonen-Zuchthäusern.

Die weiteren Sprecher, Fritz Giersch, stellvertretender Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes, und Bezirksbürgermeister Dumstrey (Wilmersdorf) forderten die Freilassung der politischen Häftlinge.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH, Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richthofen-Str. 2

Möchte-gern hatte nicht

Sie möchten doch so gern auch einmal einen Flüchtling haben, die Kommunisten in Ostberlin. Aber seit dem 13. August ist dem letzten Bundesdeutschen oder Westberliner die Lust vergangen, in der streng bewachte KZ, aus dem es kein Zurück mehr gibt, hinüberzuwechseln.

Da kam ihnen nun der Zufall zu Hilfe: Drei jugendliche Autodiebe fuhren am Sektorengrenzübergang Bornholmer Str. mit einem gestohlenen Lastwagen in den Ostsektor. Und schon jubelte die kommunistische Presse am Morgen über den „dramatischen Fluchtversuch“. Bei der Volkspolizei hätten sie um Asyl in der „DDR“ gebeten.

Am Abend schon lag die Stellungnahme der Westberliner Polizei vor: Zwei junge Bur-schen und ein junges Mädchen hatten den Lastwagen in Westberlin gestohlen. Bereits am Abend wurden sie von den Vopos mitsamt ihrem Auto wieder nach Westberlin abgeschoben. Die „dramatische Flucht in die Freiheit der Hauptstadt der DDR trotz der außerordentlich verschärften Vorkehrungen gegen die Westberlin-Flucht“ spielte sich also nur für die armen Zeitungsläser jenseits des Brandenburger Tores ohne die kriminellen Verzeihen und ohne das unruhliche Ende ab.

Der Opel-Lastwagen erwies sich als eine alte, klapprige Retourkutsche. E.